



14.01.2010

AFGHANISTAN: Vom Friedensbringer zur Kriegspartei

Deutschland muss endlich eine ernsthafte Diskussion über den Sinn des Bundeswehreinsetzes am Hindukusch führen

Wer sich dem deutschen Feldlager in Kundus nähert, dem steigen Erinnerungen an die Cowboy- und Indianerfilme der Kindheit hoch. Die Soldaten leben außerhalb der Stadt in einem bis an die Zähne bewaffneten Fort, das es mit der Infrastruktur einer deutschen Kleinstadt samt Post, Läden und Cafés aufnehmen kann. Angeheuerte afghanische Milizionäre bewachen den äußersten Wehrring. So müssen schon einige Hürden genommen werden, bis man in das Innere vordringt und den ersten deutschen Soldaten zu Gesicht bekommt. Von diesem Fort aus soll Sicherheit für die Bevölkerung von Kundus ausgehen, die für den Aufbau der Provinz als so unerlässlich erachtet wird – so zumindest die offizielle Begründung der Bundesregierung für die deutsche Truppenpräsenz.

Wie in jedem Indianerfilm, gerät das Fort früher oder später in einen Belagerungszustand. Die Bevölkerung von Kundus, wegen deren Sicherheit man ja einst hier Palisaden errichtete, verschwindet dabei zunehmend aus dem Blickfeld. Die Bundeswehr entwickelte einen Tunnelblick, in dem sie den Showdown mit dem Gegner sucht, der pauschal als Taliban bezeichnet wird. Dieser Gegner sitzt nicht irgendwo in entlegenen Bergen, sondern direkt unterhalb des Bundeswehrlagers im Distrikt Chahar Darra. Zudem verstand es dieser Gegner den ganzen Sommer über, ein um das andere Mal die Bundeswehr vorzuführen, sie in Scharmützel zu verwickeln, ihr Verluste beizubringen und dennoch unsichtbar zu bleiben. Welchen Offizier reitet da nicht die Wut, ob eines so listreichen und zermürbenden Feindes.

Außerdem muss sich die Bundeswehr schon seit Jahren von den Nato-Kollegen anhören, sie verbarrikadiere sich hasenfüßig im Norden und gehe nicht in den Süden, wo echter Krieg herrsche. Die Entführung zweier Tanklaster in der Nacht vom 3. auf den 4. September, wenige Kilometer von dem deutschen Fort entfernt, gab nun die Möglichkeit, den Gegner zu stellen.

Nach dem fatalen Angriff sprachen die ersten Presseerklärungen der Bundeswehr von einem erfolgreichen Schlag gegen die Taliban. Erst Nachrichten über zivile Opfer veranlassten die Bundeswehr, Argumente nachzuschieben, um das friedensumwobene Bild der Schutztruppe wieder herzustellen. Doch die Erklärung, dass es sich um einen Akt der Selbstverteidigung des deutschen Lagers gehandelt habe, erschien Kennern der Verhältnisse vor Ort gleich als merkwürdig: Die Zufahrtstraße zum Camp ist auf große Distanz hin kontrollierbar; gegnerische Fahrzeuge können keine Fahrt aufnehmen.

Das Argument offenbart zugleich die Nabelschau des Einsatzes. Es geht eben nicht mehr um die Sicherheit der afghanischen Zivilbevölkerung, sondern nur noch um die der deutschen Soldaten. Dass die Tanklaster etwa den belebten Marktplatz von Kundus in ein Flammenmeer hätten verwandeln können, wird gar nicht erst in Erwägung gezogen. Diese Betriebsblindheit scheint nicht einmal dem Pressestab der Bundeswehr aufgefallen zu sein.

Dies kann nur zweierlei bedeuten: Entweder geht die Bundeswehr davon aus, dass die Aufständischen gar kein Sicherheitsrisiko für die Bevölkerung darstellen – vielleicht da sie im Zweifelsfall eher mit dem Widerstand als mit der Bundeswehr sympathisiert, oder es hat sich der Bundeswehreinsetz so sehr auf das Kräfteressen mit den Aufständischen fixiert, dass die Zivilbevölkerung gar keine Rolle mehr spielt. Welche Argumentationslinie sich auch in der Bundeswehr durchgesetzt haben mag, man ist weit von der eigentlichen Aufgabe abgerückt und nimmt – wenn auch nach langem Zögern und mit öffentlichem Bedauern – den Tod von Zivilisten in Kauf, die es doch zu schützen gilt.

Wie unter diesen Umständen in Zukunft noch Entwicklungsprojekte erfolgreich durchgeführt und das Vertrauen der Bevölkerung zurückgewonnen werden soll, bleibt schleierhaft. Die Bundeswehr vollzog in der Nacht auf den 4. September unwiderrufbar und für jeden Einwohner von Kundus spürbar den Schritt vom Friedensbringer zur Kriegspartei. Dies belegen auch die jüngsten Umfragen, die ARD und BBC in Afghanistan durchführten.

Die Fokussierung des deutschen Afghanistan-Engagements auf die Sicherheit derjenigen, die eigentlich Sicherheit bringen sollen, ist jedoch nicht neu; sie wurde nur durch die Luftangriffe von Kundus nur offensichtlich. So ist die deutsche Entwicklungszusammenarbeit längst Sicherheitsinteressen untergeordnet. Dieses Vorgehen, das die Zivilbevölkerung weitgehend außen vor lässt, wird dann mit dem markigen Schlagwort „Keine Entwicklung ohne Sicherheit, keine Sicherheit ohne Entwicklung“ propagiert. Der neue Entwicklungsminister Dirk Niebel (FDP) will jetzt sogar die Vergabe von Haushaltsmitteln an die Kooperation mit der Bundeswehr knüpfen.

Die Negierung der Afghanen prägt auch die politische Diskussion in Deutschland. So dreht sich die Debatte vor allem darum, ob und wann die Bundeswehr abziehen soll. Bei dieser Selbstbeschäftigung wird das ferne Afghanistan zur Bühne deutscher Außen- und Sicherheitspolitik degradiert. Dieser Schlagabtausch – ob durch die Forderung der Linken nach einem sofortigen Abzug, durch wolkige Erklärungen der Bundeskanzlerin oder die zunehmende Skepsis der SPD – umgeht die Frage, worum es in Afghanistan eigentlich geht: Warum wird dort die Bundeswehr eingesetzt? Weshalb werden Milliarden in das Land gepumpt?

Internationale Politiker und Experten doktern seit Jahren an Afghanistan herum, ohne eine klare Zielsetzung entwickelt zu haben. Geht es nun um Terrorbekämpfung, um Staatsaufbau, um die Einführung von Demokratie und Menschenrechten oder –

wie jetzt immer stärker gepredigt – nur noch um Stabilität? Acht Jahre nach der Intervention muss die internationale Gemeinschaft eingestehen, dass sie in keinem der genannten Bereiche grundlegende Fortschritte erzielt hat.

Ein wesentlicher Grund hierfür ist, dass es die Interventen kaum für nötig hielten, sich auf die afghanischen Realitäten und Bedürfnisse einzulassen. Die afghanische Gesellschaft ist durch eine extreme Zerklüftung gekennzeichnet. Dörfer, Talschaften, Clans, Stammesgruppen und religiöse Gemeinschaften stellen in Afghanistan die wichtigsten Identitäts- und Handlungsbezüge dar. Die Dominanz von Einzelinteressen ist so stark wie in kaum einem anderen Land der Region, was auch den Kampf gegen die Korruption nahezu hoffnungslos werden lässt. Erst kürzlich machte die massive Manipulation der Präsidentenwahl deutlich, wie weit das Land von demokratischen Standards entfernt ist.

Kaum einer im Westen fragt danach, welche Zukunft sich die Afghanen selbst wünschen – vielleicht wäre die Antwort zu unbequem, wenn afghanische Vorstellungen zu sehr von den eigenen abweichen. Wenn die Politik dieser Diskussion ausweicht und die einheimische Bevölkerung wie Objekte und nicht wie gleichberechtigte Subjekte behandelt, wie kann dies dann von den Soldaten vor Ort verlangt werden? So durchzieht die gesamte Intervention von der politischen Entscheidungsebene bis hin zum einfachen Bundeswehrsoldaten der Habitus einer zivilisatorischen Überlegenheit und die Ignoranz gegenüber der afghanischen Lebenswirklichkeit. Die Afghanen bleiben die „wilden Indianer“ außerhalb des Forts, denen bestenfalls eine Karl-May-Romantik zugesprochen wird. (Von Conrad Schetter)

Dr. Conrad Schetter ist Afghanistan-Experte des Zentrums für Entwicklungsforschung der Uni Bonn und arbeitet unter anderem für die Nato und das Militärgeschichtliche Forschungsamt (MGFA) der Bundeswehr in Potsdam.

Ihre Meinung ist gefragt!